



Innenausschuss

7. Sitzung (öffentlich)

26. Januar 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Witterungsbedingte Stromausfälle in Nordrhein-Westfalen im November 2005

1

Vorlage 14/176

Ausschussprotokoll 14/88 - Neudruck

Der Ausschuss nimmt Berichte durch die Landesregierung und Kommunalvertreter entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2 Aktuelle Viertelstunde

13

Thema: **Droht ein starker Anstieg von Straftaten Rechtsextremer in Nordrhein-Westfalen?**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/111
Innenausschuss		26.01.2006
7. Sitzung (öffentlich)		rt-be

Seite

3 Aktuelle Viertelstunde 17

Thema: **Korruptionsbekämpfung in NRW**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) 21

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/913

Stellungnahmen 14/33, 14/36, 14/53

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den mitberatenden Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform empfiehlt der - federführende - Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

5 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei 21

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/929

Zuschrift 14/151

In Verbindung damit:

Sicherheitsarchitektur nicht gefährden - Verunsicherung bei Autobahnpolizei und Wasserschutzpolizei beenden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/201

Der Ausschuss kommt überein, am 23. März 2006 eine Anhörung durchzuführen.

- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz - LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG)** 22
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/964
- Einstimmig empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 7 Sicherheit in den NRW-Stadien** 23
- In Verbindung damit:
Sicherheitskonzept zur WM 2006
Bericht der Landesregierung
- Der Ausschuss nimmt Berichte durch einen Vertreter des Innenministeriums und des Ministeriums für Bauen und Verkehr entgegen und führt darüber eine Aussprache.
- 8 Stand der Frauenförderung in der Polizei** 30
- Bericht der Landesregierung
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.
- 9 Verschiedenes** 32
- Vorsitzender Winfried Schittges schlägt als Termin für eine eventuell zusätzliche Sitzung für die Abstimmung über Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf Mittwoch, den 5. April, 9 Uhr, also vor dem Plenum, vor.

fraktionen sowie gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion dem federführenden Ausschuss empfohlen, den SPD-Antrag abzulehnen.

Der SPD-Antrag sei bereits in der Sitzung am 22. September 2005 anberaten worden; die SPD habe später darum gebeten, die weitere Beratung zu schieben, bis der von der Landesregierung angekündigte Gesetzentwurf eingereicht werde. Dies sei nunmehr der Fall.

Im Obleutegespräch habe man sich auf die Durchführung einer Anhörung verständigt. Als Termin für diese Anhörung schlage er den 23. März 2006 um 11 Uhr vor. Die reguläre Ausschusssitzung an diesem Tag könne dann am Nachmittag stattfinden.

Werner Lohn (CDU) spricht sich dagegen aus, am Nachmittag eine reguläre Sitzung durchzuführen, da damit unter Umständen die Anhörung unter Zeitdruck statfinde. Er schlage vor, eine zusätzliche Ausschusssitzung am 30. März 2006 durchzuführen. - **Horst Engel (FDP)** hat gegen den Vorschlag keine Bedenken.

Monika Düker (GRÜNE) hat keine Bedenken gegen die Durchführung der Anhörung am 23. März um 11 Uhr. Sie plädiere jedoch dafür, am Nachmittag die reguläre Ausschusssitzung stattfinden zu lassen, da sie am 30. März im Ausschuss für Generationen, Familie und Generation sei.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) plädiert dafür, die reguläre Ausschusssitzung auf den 30. März zu vertagen, um sich bei der Anhörung nicht unter Zeitdruck setzen lassen wolle.

Vorsitzender Winfried Schittges schlägt vor, sich in einem Obleutegespräch über einen Termin für die reguläre Ausschusssitzung zu verständigen.

Der **Ausschuss** kommt überein, am 23. März 2006 eine Anhörung durchzuführen.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz - LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/964

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, der Landtag habe den Gesetzentwurf am 18. Januar 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen. Die Frist zur Mitberatung sei der 29. März 2006.

Einstimmig empfiehlt der - mitberatende - **Ausschuss** dem - federführenden - Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

7 Sicherheit in den NRW-Stadien

In Verbindung damit:

Sicherheitskonzept zur WM 2006

- Bericht der Landesregierung

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, mit Schreiben vom 10. Januar 2006 habe die SPD-Fraktion um einen Bericht zum Thema Sicherheit in den NRW-Stadien gebeten.

Mit Schreiben vom 10. Januar 2006 habe die Grünen-Fraktion um einen Bericht über das Sicherheitskonzept zur WM 2006 gebeten.

MR Rübel (MBV) trägt vor:

Ich kann zur Sicherheit in den NRW-Stadien, was die Vorwürfe der Stiftung Warentest, die in der letzten Zeit in der Presse zu lesen waren, angeht, eine Stellungnahme abgeben.

Die Vorwürfe der Stiftung Warentest betreffen insbesondere die Frage, ob im Panikfall in einem Stadion die Sicherheit ausreichend gewährleistet ist. Daneben sind Vorwürfe erhoben worden, zum Beispiel fehlende Orientierung, nicht ausreichend dimensionierte Rettungswege, Mängel im Brandschutz.

Das Bauministerium hat aufgrund des Berichtes die zuständigen Bauaufsichtsbehörden in Dortmund, Gelsenkirchen und Köln befragt und einen Bericht erbeten. Die ersten beiden Berichte liegen mittlerweile vor. Darin wird deutlich, dass einzelne Mängel, die die Stiftung Warentest festgestellt hat, zutreffend sind und in Kürze behoben werden sollen. Eine Vielzahl der Mängel wird aber von den zuständigen Bauaufsichtsbehörden und den Betreibern der Stadien nicht als zutreffend angesehen. Hauptvorwurf ist die fehlende Möglichkeit im Panikfall, den Innenraum des Stadions zu betreten. Hierzu muss man ausführen, dass die Bauvorschriften von einem Standard ausgehen, den man mit allgemein anerkannten Regeln der Technik bezeichnet. Diese allgemein anerkannten Regeln der Technik sind Grundlage des Bauordnungsrechts und insbesondere der Versammlungsstättenverordnung. Die Stiftung Warentest hat sich abweichend davon auf den Stand der Technik berufen und gewisse Überlegungen zugrunde gelegt, die von einzelnen Panikforschern veröffentlicht worden sind. Diese Überlegungen sind weder gesichert noch allgemein anerkannt, sodass sie nicht Gegenstand einer baurechtlichen Regelung sein können. Insofern weicht die Stiftung Warentest mit ihren Untersuchungen vom öffentlich-rechtlichen Standard ab. Das Bauministerium kann auch nicht feststellen, inwieweit die Überlegungen zur Panikforschung wissenschaftlich belegt